

20 Jahre *Samtene Revolution*: Und was blieb? 1989 und vertane Chancen zur Lösung der Sudetendeutschen Frage

Dr. Peter Wassertheurer

Als tschechische Studenten am 17. November 1989 bei einer behördlich genehmigten Kundgebung in Prag der Schließung tschechischer Hochschulen durch das NS-Besatzungsregime von 1939 gedachten und sich dieser Gedenktag zu einer Demonstration gegen das kommunistische Regime entwickelte, griffen die Sicherheitsbehörden mit brutaler Gewalt ein und verletzten 600 Personen. Bereits einen Tag später gingen die Studenten neuerlich auf die Straße und riefen zu einen unbefristeten Streik aus. Dass sich dieser Protest zu einer Massenbewegung ausdehnen konnte, lag in den revolutionären Vorgängen außerhalb der Tschechoslowakei begründet. Bereits im Frühjahr 1989 hatte die ungarische Regierung den *Eisernen Vorhang* an den Grenzen zu Österreich abgerissen und DDR-Bürgern die Ausreise in den Westen ermöglicht. Die Ungarn hatten eine Kettenreaktion ausgelöst, die zum Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Europa führte. Am 9. November 1989 war vor den Augen der Tschechen und Slowaken die *Berliner Mauer* gefallen, in Polen und Bulgarien hatten inzwischen demokratische Reformkräfte die politische Führung übernommen. Der politische Domino-Effekt setzte sich in den Novemberwochen 1989 auch in der Tschechoslowakei fort. Am 19. November kam es im tschechischen Teil zur Gründung des *Bürgerforums* (Občanské fórum, OF), auf slowakischem Gebiet war es die *Öffentlichkeit gegen Gewalt* (Verejnost' proti násiliu, VPN), die sich an die Spitze der Protest- und Reformbewegung stellte. Die Eliten im *Bürgerforum* waren u.a. die früheren Galionsfiguren des *Prager Frühlings*, Alexander Dubček und Václav Havel. Die anhaltenden Proteste zwangen Miloš Jakeš als Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei zum Rücktritt. Staatspräsident Gustáv Husák ernannte schließlich am 10. Dezember 1989 Marián Čalfa zum Vorsitzenden der *Regierung des nationalen Einverständnisses*, der ersten nichtkommunistischen Regierung seit 1948. Ende Dezember 1989 erfolgte die Wahl von Václav Havel zum tschechoslowakischen Staatspräsidenten.

Die Sudetendeutschen verfolgten die *Samtene Revolution* in der Tschechoslowakei mit Euphorie und verknüpften die Wende in Prag mit der Hoffnung, den vom kommunistischen Regime verweigerten Dialog zur Aufarbeitung der leidvollen Geschichte beginnen zu können. Bereits in der Zeit des *Kalten Krieges* gab es Kontakte zur tschechischen Opposition im angelsächsischen Raum.

Am 22. Dezember 1989 kommentierte Franz Neubauer, Bayerischer Staatsminister und damaliger Sprecher der *Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL)* in München, die Veränderungen in der Tschechoslowakei mit der Überzeugung, dass nunmehr „Lösungen in den Bereich des Möglichen rücken, die bisher noch vielfach als undenkbar galten“ und die Vorgänge „Antworten auf Fragen verlangen, die sich bisher nicht stellten, die aber bei der Veränderung der politischen Landschaft in der Tschechoslowakei ganz schnell akut und aktuell werden können.“ Für die *Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)* war ein „wirklicher Neuanfang“ an das „Bekenntnis zur historischen Wahrheit und das Eingeständnis des an uns [an den Sudetendeutschen, Anm.d. Verf.] begangenen Unrechts voraus“ gekoppelt.

Und genau hier begann sich die Quadratur des Kreises im Verhältnis zwischen Tschechen und Sudetendeutschen zu unüberbrückbaren Barrieren aufzutürmen. Für die Sudetendeutschen war 1989 der Zeitpunkt gekommen, um das Unrecht von 1945 endlich im Dialog mit Prag ins Reine zu bringen. Die Forderungen an die Adresse der Tschechen waren nicht neu und spannten einen Bogen vom Heimatrecht bis zur Wiedergutmachung. Die Sudetendeutschen hofften, dass es in der Tschechoslowakei im Sog der *Samtenen Revolution* zu einer, wie es der deutsche Historiker Friedrich Prinz ausdrückte, „Entideologisierung und Entmythologisierung in allen Bereichen des politischen und gesellschaftlichen Lebens“ kommen werde, die eine neue Qualität des Miteinanders abseits tabuisierter Grauzonen ermöglichen. So einfach war die Angelegenheit aber nicht! Schon damals warnte Jiří Gruša, Charta 77-Dissident und späterer Botschafter der Tschechischen Republik in Deutschland und Österreich, vor der „Sprengkraft historischer Bilder“, die nach Arnold Suppan von der Universität Wien einen Teil der vielen „nicht verarbeiteten Stereotypen“ reflektieren, „die in den letzten hundert Jahren aufgebaut wurden.“

Damit stellte das Jahr 1989 keinen Neubeginn dar, sondern war die Fortsetzung eines Konflikts, der 1945 durch die Vertreibung von über 3 Millionen Sudetendeutschen und die Errichtung des *Eisernen Vorhangs* nur künstlich zugedeckt worden war. Was dann unter dieser Decke schlummerte, waren nach dem Prager Historiker Jaroslav Kučera keine historischen Fakten sondern „Geschichtsmythen“, deren Inhalte ideologisch verklärt, verdrängt und im kollektiven Bewusstsein der Betroffenen fossilisiert worden waren, ehe sie 1989 völlig ungefiltert wieder an die Oberfläche kamen. Die Stunde Null entpuppte sich als prolongiertes historisches Trauma, das Sudetendeutsche wie Tschechen in die Jahre 1945, 1938 und 1918 zurückwarf.

Und dabei hatte die Art der ersten Kontaktaufnahme einen fruchtbaren Dialog versprochen. Es war Vaclav Havel, der sich nach der Wende als Präsident bei den Sudetendeutschen für die Ver-

treibung entschuldigt hatte. Der Erzbischof von Prag, Kardinal František Tomášek, stellte sich damals hinter die Worte Havel. Tomášek bezeichnete die Reaktion Havel als „wichtigen Schritt für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der tschechischen und der deutschen Nation“ und forderte Tschechen und Sudetendeutsche auf, sich vom Prinzip der „Wahrheit und Liebe vereinigen und leiten [zu] lassen“. Er thematisierte aber auch die Zeit der NS-Besatzung und zeigte Verständnis für „den Zorn und die Verbitterung des tschechischen Volks nach sechs Jahren grausamer Unterdrückung und dem Verlust vieler Menschenleben“. Deshalb, so Tomášek weiter, erwartet sich „die tschechische Nation zu Recht eine Entschuldigung von offiziellen deutschen Sprechern.“

Was danach folgte, war eine Politik der Quantifizierung von Recht und Unrecht, Schuld und Unschuld. Die Tschechen koppelten ihre Bereitschaft, ihren Schuldanteil am Schicksal der Sudetendeutschen anzuerkennen, an die Forderung nach Anerkennung des tschechischen Opfergangs. Die Sudetendeutschen, die sich 1989 für einen Dialog offen zeigten, wurden nun schonungslos mit einem Geschichtsbild konfrontiert, das nach ihrem Verständnis spätestens mit der Beseitigung des kommunistischen Regimes auf dem Misthaufen der Geschichte hätte landen müssen. Aber genau das Gegenteil war der Fall. Die Tschechen hielten an ihrer Opferthese fest und stellten die Vertreibung der Sudetendeutschen nach kommunistischer Diktion als Folge der nationalsozialistischen Gewaltpolitik dar, die von den Sudetendeutschen aktiv unterstützt worden war. Durch die Umkehr der Opfer-Täter-Identität sahen sich jetzt die Sudetendeutschen in die Täterrolle gedrängt, was ihren erlebten Erfahrungen eklatant widersprach. Die tschechische Presse widmete sich diesem Thema und begann die Sudetendeutschen als NS-Kollaborateure und *Fünfte Kolonne Hitlers* darzustellen. Der Landsmannschaft warf man vor, die Rolle der Sudetendeutschen seit der Zeit des *Münchner Abkommens* zu verharmlosen, und es lediglich auf eine finanzielle Wiedergutmachung abzusehen. Nach dem Auseinanderbrechen des *Bürgerforums* etablierten sich mehrere Parteien, die jetzt die *Sudetendeutsche Frage* zum Wahlkampfthema machten. Man warnte vor einer Rückkehr der Sudetendeutschen und begann bewusst, die tschechische Bevölkerung mit Hinweisen auf die Gefahr einer neuen Germanisierungswelle zu versichern.

Der deutschen Regierung in Berlin waren diese Debatten unangenehm. Sie bemühte sich um eine Verbesserung ihrer Beziehungen zu den neuen demokratischen Nachbarn, um vor allem das historische Konfliktpotential zu Polen und zur Tschechoslowakei zu entschärfen. Schon 1990 war auf Initiative von Außenminister Hans-Dietrich Genscher und seinem tschechischen Amtskolle-

gen, Jiří Dienstbier, eine bilaterale Historikerkommission ins Leben gerufen worden, deren Aufgabe es sein sollte, „die gemeinsame Geschichte der Völker beider Länder, vor allem im zwanzigsten Jahrhundert, gemeinsam zu erforschen und zu bewerten, und zwar in breitem historischen Kontext, einschließlich der positiven Seiten des gegenseitigen Zusammenlebens, aber auch der tragischen Erfahrungen der Völker beider Länder im Zusammenhang mit dem Beginn, dem Verlauf und den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges.“

Prag zeigte sich zufrieden und legte eine neue Linie zu seinem deutschen Nachbarn fest: Gespräche sollten unter Ausschluss der Sudetendeutschen nur noch auf Regierungsebene stattfinden. Dort konnte man sich sicher sein, mit den eigenen Geschichtsmythen auf Verständnis zu stoßen, zumal die deutsche Außenpolitik mit ihren Schuldkomplexen ganz auf Versöhnung ausgerichtet war und allein schon wegen des europäischen Engagements der Tschechen eine Normalisierung wollte. Eine Entkrampfung wäre bei Behandlung sudetendeutscher Forderungen nicht zu erreichen gewesen. Neubauer erkannte diese Gefahr und warnte Havel in einem Schreiben vor einer Tabuisierung der sudetendeutschen Vermögensfrage, weil das „den Zusammenbruch aller Bemühungen um Ausgleich und Versöhnung bedeuten“ würde. Die Sudetendeutschen waren das Bauernopfer, das Berlin zu geben, gerne bereit war, weil es nichts kostete und man Prag damit bei Laune halten konnte. Im deutsch-tschechischen Freundschaftsvertrag von 1992, der den Ausbau der partnerschaftlichen Beziehungen, die Bestätigung der territorialen Integrität und Unverletzbarkeit der Grenzen sowie eine Unterstützung des europäischen Integrationsprozesses unter besonderer Berücksichtigung der tschechoslowakischen EU-Mitgliedschaft garantierte, sparte man den sudetendeutschen Vermögenskomplex deshalb vorsorglich aus.

Unter Finanzminister Vaclav Klaus, dem heutigen Staatspräsidenten der Tschechischen Republik, kam es zu einem umfangreichen Reprivatisierungsprogramm. Berücksichtigt wurde aber lediglich jenes Privatvermögen, das nach der kommunistischen Machtübernahme vom Februar 1948 kollektiviert worden war. Das 1945 auf Grundlage der Beneš-Dekrete enteignete sudetendeutsche Vermögen blieb davon unberührt. Mit diesem Schritt rückten plötzlich die Dekrete des Präsidenten Eduard Beneš in den Mittelpunkt der Kontroverse. Die Sudetendeutschen forderten nunmehr deren Aufhebung, da Prag eine Rückgabe des sudetendeutschen Vermögens mit dem Hinweis auf die Gültigkeit der Enteignungsdekrete von 1945 ablehnte. Die Beneš-Dekrete sind für Prag nach wie vor der beste Garant für die Gültigkeit der vermögensrechtlichen Verhältnisse, wie sie 1945 durch die Enteignung geschaffen worden waren. Sie symbolisieren heute abseits ihres inhaltlichen Charakters das Unrecht an den Sudetendeutschen und bilden in deren Augen die Antithese

zur Europäischen Union (EU) als Rechts- und Wertegemeinschaft. Obwohl das Europäische Parlament Prag 1999 in einer Resolution aufforderte, „fortbestehende Gesetze und Dekrete aus den Jahren 1945 und 1946 aufzuheben, soweit sie sich auf die Vertreibung von einzelnen Volksgruppen in der ehemaligen Tschechoslowakei beziehen“, sprach sich die EU-Kommission gegen ein Junktin aus. Am 1. Mai 2004 trat Tschechien der EU bei. Von der Euphorie von 1989 war zumindest auf sudetendeutscher Seite nichts mehr zu spüren. 1989 wäre unter Einbindung der Sudetendeutschen, die nicht anerkennen können, dass - wie bereits 1918 und 1938 - „ohne sie über sie verhandelt wird“, eine Lösung unter Berücksichtigung der damaligen tschechischen wirtschaftlichen Verhältnisse möglich gewesen.

(Dieser Aufsatz erschien bei der Pan-Europabewegung Österreichs)